

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 70. Ratssitzung vom 30. Oktober 2019

1830. 2018/426

Postulat von Corina Gredig (GLP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 07.11.2018: Ergänzung der IT-Strategie der Stadt 2020–2024 mit der Stossrichtung 7 «Civic Tech»

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 536/2018): Da Corina Gredig (GLP) mittlerweile Kantonsrätin und Nationalrätin ist, werde ich das Postulat begründen. Es richtet sich an alle politischen Ebenen und die Forderung nach einer verstärkten Nutzung von Instrumenten der «Civic Tech» ist auch bereits im nationalen Parlament angekommen. Es geht um die Frage, wie wir die Partizipation der Bevölkerung an den politischen Prozessen stärken können. Dieses Thema beschäftigte uns hier drinnen immer wieder und war auch ein Schwerpunkt im Kulturleitbild. Verschiedenste Vorstösse zur Ermöglichung von Instrumenten für eine stärkere Partizipation an den politischen Prozessen wurden eingereicht. Die Beteiligung und das Anstossen von politischen Prozessen, die schlussendlich alle betreffen, ist nach wie vor einfach zu tief. Das zeigte sich auch vor zehn Tagen bei den Wahlen. Gerade weil wir ein Gemeinwesen sind und partizipative Entscheide auf allen Ebenen Tradition haben, sind wir überzeugt, dass es wichtig ist, alle zielführenden Instrumente für eine Verbesserung der Partizipation zu ermöglichen. Digitale Instrumente sind dabei besonders verheissungsvoll, weil sie auf eine niederschwellige und allgemein sehr zugängliche Art funktionieren. «Civic Tech» setzt hier an und will Kommunikationsplattformen nutzen, um die Interaktion zu verbessern und eine verstärkte Partizipation zu ermöglichen. Dies ist ein wesentlicher Faktor der Legitimität und der guten Abstützung der politischen Prozesse und Entscheide. Wir wünschen uns, dass die Stadt hier eine aktive Rolle einnimmt und den Anspruch hat, eine Vorreiterin zu sein. Es ist vollkommen klar, dass Partizipation einen ernsthaften Willen und die Kultur voraussetzt – es braucht aber auch die technischen Voraussetzungen. Um diese zu ermöglichen, ist ein relativ breiter politischer Wille nötig. Hier setzt das Postulat an. Instrumente, die unter den Begriff «Civic Tech» fallen, sollen auch wirklich genutzt und die Zielsetzung als eine Stossrichtung der IT-Strategie der Stadt verankert werden. In der IT-Strategie gibt es in der Version von 2016 sechs Stossrichtungen. Eine siebte Stossrichtung lässt sich gut ergänzen, sowohl was die Infrastruktur betrifft, als auch die Kultur der Nutzung der Instrumente von «Civic Tech».*

***Susanne Brunner (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. November 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Das hier ist ein typisch verkopfter Vorschlag. Digitalisierung ist eine gute Sache und erleichtert uns das Leben in vielen Bereichen, sei dies in der Mobilität oder beim Shopping. Lassen Sie sich aber*

nicht aufs Glatteis führen; Digitalisierung ist nicht in jedem Lebensbereich das richtige Mittel – schon gar nicht, wenn es um die Demokratie geht. Mit diesem Vorstoss machen Sie nichts anderes, als sich selbst als Parteien abzuschaffen. Wir haben bereits heute das partizipativste System, das es überhaupt gibt. Dr. Jean-Daniel Strub (SP) findet, die Wahlbeteiligung sei zu tief gewesen. Das bedeutet, wir müssen mehr zu den Menschen gehen, bessere Lösungen präsentieren und die wahren Probleme der Menschen ansprechen, damit die Menschen an die Urne gehen. «Civic Tech» ist eine schlechte Idee, weil es die heute institutionalisierten Gefässe der Demokratie – Parteien und Parlament – angreift. Jeder, der will, kann sich heute beteiligen. Dafür braucht es kein Tablet und keinen Computer. Wir müssen die Menschen treffen und mit ihnen sprechen. Es ist aber keine Lösung, uns selbst abzuschaffen, indem wir «Civic-Tech-Bubbles» entstehen lassen und kleinen Interessensgruppen Macht geben, die ihnen nicht zusteht. Wenn heutzutage jemand ein Interesse vertreten will, kann er das jederzeit tun. Es wäre nicht richtig, den technischen, falschen Weg zu gehen und dabei die bewährten Institutionen zu begraben.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat hielt in seiner Strategie «Smart City Zürich» fest, dass er die neuen Möglichkeiten, die der digitale Wandel bietet, auch für eine stärkere Vernetzung der Verwaltung mit der Bevölkerung nutzen will. Der Dialog und die Partizipation sind zwei grundlegende Elemente einer «smarten» Stadt. Es gibt keinen Grund, die Möglichkeiten zur Stärkung der Partizipation nicht zu nutzen. Wir definierten den Strategieschwerpunkt «smarte Partizipation erproben». Dieser ist darauf ausgerichtet, dass in städtischen Projekten innovative Formen der Mitwirkung angewendet und erprobt werden. Im Rahmen des laufenden Projekts «Schnittstelle Stadt – Quartiere» wurde eine solche E-Strategie bereits mit einem guten Ergebnis umgesetzt.*

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die FDP steht dem Vorstoss wohlwollend gegenüber. Eine Vereinfachung der Prozesse ist wünschenswert und entspricht unseren Vorstellungen einer digitalen Gesellschaft. Obwohl es schon einige gelungene Beispiele von «Civic Tech» – wie beispielsweise Smartvote – gibt, steht dieser Bereich in der Schweiz erst in seinen Anfängen. FDP-Ständerat Damian Müller reichte bereits den Vorstoss «Die Chancen von ‚Civic Tech‘ nutzen» ein, der genau dies vom Bund fordert und auch überwiesen wurde. Die FDP ist überzeugt davon, dass «Civic Tech» eine Chance ist, Bürger und Bürgerinnen mehr in die politischen Prozesse einzubinden. Die Schweiz ist eines der demokratischsten Länder der Welt. Mit der Digitalisierung von Demokratie tut sie sich aber vor allem aus sicherheitstechnischen Gründen schwer. Die heutige, jüngere Generation bildet sich ihre politische Meinung aber sehr stark online. Deshalb sind Bestrebungen in diese Richtung zukunftsweisend und sinnvoll. Es soll dabei nicht in erster Linie um E-Voting gehen, sondern um Meinungsbildung, Sensibilisierung und Diskussionsmöglichkeiten. Laut einer Studie der EU nehmen Menschen, die online mit politischen Informationen in Kontakt kommen, eher am politischen Prozess teil und vor allem dann, wenn Onlinepartizipationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. «Civic Tech» sollte*

aber meines Erachtens nicht nur für politische Prozesse angewendet werden. Ich sehe auch im operativen Bereich Potential. Beispiele dafür sind «Züri wie neu». Es wäre durchaus auch denkbar, die Bevölkerung auf diese Art und Weise bei grösseren Kulturinstitutionen mitwirken zu lassen. Dann müssten wir in Zukunft nicht mehr im «Tages-Anzeiger» lesen, dass dem Zürcher Publikum das Verständnis fehle – wie das die abtretende Direktorin des Schauspielhauses in einem Interview sagte. Wir sehen in diesem Vorstoss eine Chance für den gesellschaftlichen Diskurs, das Milizsystem und die Schweiz.

Walter Angst (AL): *Der Vorstoss liess uns etwas ratlos zurück, weil er beantragt, dass man die Strategie aus dem Jahr 2016 um den Punkt «Civic Tech» ergänzt. Dr. Jean-Daniel Strub (SP) sprach vom neuen Punkt an siebter Stelle der IT-Strategie. Dieser liegt in Anbetracht der Flughöhe des Anliegens da wahrscheinlich am falschen Ort. Corina Gredig (GLP) sprach vom «partizipativen Budget». Das ist in einem demokratischen Parlament, indem man jederzeit eine Initiative starten kann, ziemlich aus der Luft gegriffen. Was real gemacht werden kann, steht bereits in der «Smart City Strategie». Wir könnten das Postulat also direkt wieder abschreiben. Es gibt bereits die Möglichkeit, auf der Strasse liegenden Abfall der Stadt online zu melden. Die Vielfalt der Vorstösse im IT-Bereich könnte dazu führen, dass die GLP in die Geschichte eingeht, als Partei, die am schnellsten neue Dienstabteilungen erschafft, damit alle Ideen sofort realisiert werden können. Unsere Ratlosigkeit führt uns zu einer Ablehnung des Vorstosses, weil es nicht schaden kann, wenn man die Vielfalt der Möglichkeiten im IT-Bereich auch mal ein wenig bremst und sich auf die Kernprozesse konzentriert, die relativ teuer und aufwändig für die Stadt sind.*

Walter Anken (SVP): *Beteiligung ist etwas urdemokratisches und passt deshalb gut zur SVP. Bürgernähe könnte tatsächlich bessere Ergebnisse bringen. Man muss sich aber fragen, wie lange Entscheide dauern, wenn alle Bürger mitreden können. Das «partizipative Budget» wurde bereits angesprochen; wenn wir mit allen Bürgern über das Budget diskutieren würden, hätten wir im März noch keines. Meine Quintessenz hier lautet: zu viele Köche verderben den Brei. Die Effizienz würde massiv leiden. Es gibt heute schon Beteiligungsmöglichkeiten über uns Parlamentarier und die Quartiere. Wir möchten kein Bürokratiemonster aufbauen. Die Plattformen kosten zudem sehr viel Geld.*

Isabel Garcia (GLP): *Es geht hier um ein wesentliches strategisches Planungsinstrument im Bereich des Finanzdepartements. Die IT-Strategie wird periodisch neu gemacht. Sie hat im Jahr 2019 logischerweise den Anspruch, einen Bereich wie «Civic Tech» aufzuführen. Das ist Ende 2019 ein normaler Anspruch. Damit ist nicht das angesprochene Horrorszenario mit vielen neuen Dienstabteilungen gemeint. Es ist ein normales Bedürfnis im Zeitalter 2019, dass die IT-Strategie der grössten Stadt der Schweiz auch «Civic Tech» beinhaltet. Das muss heute so gemacht werden – alles andere wäre von gestern. Das Begehren wurde in Form eines Postulats unterbreitet und damit in der unterwürdigsten Form der parlamentarischen Willensbekundung. Man muss also keine Angst haben, dass dabei Bürokratiemonster oder Ausgaben in Milliardenhöhe entstehen.*

Claudia Rabelbauer (EVP): So lange es bei diesem Postulat um die Partizipation der Bevölkerung geht, können wir diesem Vorstoss zustimmen. Auch wenn E-Voting auf lokaler Ebene noch kein Thema ist, möchten wir betonen, dass wir grundsätzlich absolut gegen E-Voting sind und E-Voting auch in Zukunft nicht unterstützen werden. Partizipation möchten wir hingegen unterstützen und stimmen dem Postulat deshalb zu.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die AL sprach in ihrer Fraktionserklärung vom Kulturleitbild. In diesem steht «mittelfristig ist eine grössere Demokratisierung der Kultur anzustreben (...), zum Beispiel, indem man einen gewissen Prozentsatz des Kulturbudgets für die Quartiere einplant und dort entstehende und bestehende Projekte unterstützt. Die in der «Smart City Strategie» so hoch gelobte Partizipation der Bevölkerung, Stichwort ‚participation budgeting‘ sollte in den Quartieren auch für kulturelle Initiativen und Projekte spielen.» Es irritiert mich deshalb, dass die AL unser Postulat für stärkere Partizipation nicht unterstützen will. Auch die SVP präsentiert sich gerne als Kraft, die die Demokratie stärken will. Hier will sie aber eine geschrumpfte Form von dem, was den demokratischen Prozess ausmacht, und die Macht der Parteien offensichtlich bewahren. Sie verkennt dabei, dass es sich um historisch wachsende Systeme handelt und der demokratische Prozess immer schon nur so stark war, wie er auch Menschen einzubeziehen konnte, die eben nicht im Parlament vertreten sind, sondern sich aufgrund anderer Konstellationen zusammenfinden und ein Interesse vertreten, wie beispielweise Quartiervereine. Es ist ironisch, dass ausgerechnet Susanne Brunner (SVP), die jahrelang Lobbyarbeit für Economie Suisse betrieb, heute sagt, man würde mit diesem Instrument die Macht gewisser Interessengruppen stärken. Ich hoffe aber, dass das Instrument dazu beitragen würde, die Macht der Interessensgruppen ein wenig gerechter zu verteilen. Heute liegt die Macht der Interessengruppen bei denen, die die finanziellen Mittel besitzen, um die Interessengruppen zu alimentieren. Ich würde den Anspruch des Instruments «Civic Tech» nie so hoch aufhängen, aber wenn Sie uns eine solche Steilvorlage bieten, verknüpfe ich mit dem Postulat den Wunsch, dass sich die Macht von Interessengruppen wenigstens etwas zugunsten von denen, die heute machtpolitisch am kürzeren Hebel sitzen, nivellieren liesse. Wenn nur schon ein kleiner Teil der Möglichkeiten ausgeschöpft wird, haben wir mit diesem Instrument definitiv bereits schon viel gewonnen. Die Diskussion führt zu relativ fundamentalen Fragen über unsere Demokratie und den Defiziten, die wir heute noch haben.

Susanne Brunner (SVP): Ich höre hier von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) ein grosses, erschreckendes Misstrauen unseren demokratischen Institutionen gegenüber. Es wundert mich, wenn ich das von der grössten Partei in diesem Parlament höre. Ist das Votum ein Aufruf zur aktiven Umgehung von Verfassung und Gesetz? In Verfassung und Gesetz sind die demokratischen Rechte stipuliert und die Teilhabe am demokratischen Prozess ist mit dem Bürgerrecht verknüpft. Es hat nichts mit Lobbyismus zu tun, sondern mit einer bestehenden Gefahr. Die besten und die genauesten Umfragen in unserer direkten Demokratie sind die Urnengänge – und nicht Umfragen durch «Civic Tech» oder das Agitieren von Interessengruppen. Diese würden nur zu einer Verzerrung führen. Wir sollten bei unseren bewährten demokratischen Institutionen bleiben und nicht mittels Digitalisierung Möglichkeiten und Wege öffnen, wie Verfassung und Gesetz umgangen

5 / 5

werden können.

Walter Anken (SVP): Habe ich es richtig verstanden, dass Dr. Jean-Daniel Strub (SP) von einer «Schrumpfdemokratie» sprach? Wir haben in der Schweiz eine direkte Demokratie. Ausgerechnet die linke Seite, die Teil der EU sein will, spricht von einer «Schrumpfdemokratie», obwohl die Bürger in der EU viel weniger demokratische Rechte haben wie wir hier in der direkten Demokratie. Es ist schlicht unglaublich, wenn Sie über den Ausbau von demokratischen Instrumenten sprechen.

Isabel Garcia (GLP): Zum Thema politische Prozesse, politische Beteiligung und zur Beruhigung aller Seiten möchte ich klarstellen, dass es in keiner Art und Weise darum geht, die klaren formellen Gegebenheiten, Abläufe, Rechte und Prozesse, die wir hier in einer direkten Demokratie haben, in Frage zu stellen oder anders zu strukturieren. Das letzte Wort hat der Souverän auf allen Ebenen in der Schweiz und das wird selbstverständlich respektiert. Es geht hier um sehr niederschwellige Ergänzungen von politischen Rechten, die mit formellen demokratischen Abläufen nichts zu tun haben. Im Jahr 2019 gibt es auch digitale Möglichkeiten, um Meinungen zu äussern und sich gegenseitig auszutauschen. Das hat mit formellen politischen Rechten nichts zu tun. Es trägt aber sehr wohl zu einem demokratischen Austausch unter der Bevölkerung, die unabhängig ihrer Nationalität hier lebt, bei. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine Partei in der Schweiz etwas dagegen haben könnte. Das ist ein ureidgenössisches Bedürfnis, das wir mit dem ganzen Volk teilen – in einem Staat mit einer langen demokratischen Tradition, die wir im Jahr 2019 auch digital etwas ergänzen können.

Samuel Balsiger (SVP): In der Schweiz gibt es tatsächlich eine «Schrumpfdemokratie», weil viele Volksentscheide, die dem linksliberalen Establishment in Bern nicht passen, nämlich nicht umgesetzt werden. Viele Menschen gehen nicht an die Urne, weil Bundesbern sowieso macht, was es will und nicht auf die Bürger achtet. Bevor Sie Wörter wie Demokratie benutzen oder von der Reformierung der Demokratie sprechen, sollten Sie zuerst die Masseneinwanderungsinitiative und die Durchsetzungsinitiative umsetzen.

Das Postulat wird mit 92 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat